



Susanne Schneider MdL

Mitglied der FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation
Sprecherin für Gesundheit

Landtag NRW • Susanne Schneider MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4458
Fax: (0211) 884-3658
E-Mail: susanne.schneider-mdl
@landtag.nrw.de
Düsseldorf, 15.04.2016

Pressemitteilung

Austausch mit dem Schulleiter

Schneider zu Gast am Friedrich-Bährens-Gymnasium in Schwerte

Zu einem persönlichen Gespräch haben sich die Landtagsabgeordnete Susanne Schneider aus Schwerte und der neue Schulleiter des Friedrich-Bährens-Gymnasium, Heiko Klanke, getroffen. Bei einem Rundgang präsentierte Klanke hierbei die neue Mensa. Gemeinsam diskutierten sie Herausforderungen und Chancen der Schulen in Schwerte sowie Perspektiven für eine bessere interkommunale Zusammenarbeit. Hierzu stellt Susanne Schneider fest:

„Beide Gymnasien in Schwerte leisten eine hervorragende Arbeit. Leider bekommen die Schulen nicht die Unterstützung, die ich von der Rot-Grünen-Landesregierung erwarte. Zum Erhalt eines Schulsystems der Vielfalt dürfen einzelne Schulformen weder bevorzugt noch benachteiligt werden. Wir Freien Demokraten wenden uns daher gegen die schleichende Aushöhlung der beliebtesten weiterführenden Schulform, des Gymnasiums. Es braucht faire Chancen für alle Schulformen und mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Kommunen.“

Schon heute gelten nach einer WDR-Umfrage 85% der Schulen als marode, da viele Kommunen mit leeren Kassen zu kämpfen haben und keine Mittel für eine Sanierung bereitstellen können. „Die Landesregierung muss Probleme lösen, nicht die Augen verschließen und die Kommunen mit immer weiter anwachsenden Lasten allein lassen. Wenn die Kommunen immer mehr Aufgaben bewältigen müssen, brauchen sie auch eine entsprechende Unterstützung vom Land,“ so Schneider.

Künftig werde der demographische Wandel und die Beschulung von schulpflichtigen Flüchtlingen die Schullandschaft vielerorts vor neue Herausforderungen stellen. Gerade deshalb wirbt Schneider für eine noch bessere schulpolitische Abstimmung zwischen Städten und Gemeinden.